

Eine auf Anmerkungen verzichtende, ansonsten aber wortgleiche Fassung dieses Beitrags ist erschienen in der Rubrik "Streitplatz" der Zeitschrift "WeltTrends", 12. Jg., Heft 42 (Frühjahr 2004), S. 79-88.
– Fertigstellung dieser Fassung: 6. April 2005 –

Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus

Gunther Hellmann¹

"(S)tates will display characteristics common to competitors: (...) they will imitate each other and become socialized to their system" [Kenneth Waltz]²

"Ich wäre zufrieden, wenn meine Regierungszeit als eine Zeit in Erinnerung bliebe, in der eine neue Ausrichtung der Außenpolitik geschaffen wurde." [Gerhard Schröder]³

"Beeilt Euch zu handeln, ehe es zu spät ist, zu bereuen!" [Willy Brandt]⁴

Trotz aller Desillusionierungen, die die *neuere Wissenschaftsforschung*⁵ modernen Wissensgesellschaften zumutet, zehrt die Wissenschaft nach wie vor von einer Aura distanzierter Wahrheitssuche, die mit wissenschaftlicher Tätigkeit einhergehen soll. Die Meinungsseite der Tageszeitung ist daher (*noch*) kein Publikationsort, wo man akademische Karrierepunkte sammeln kann, die mit "peer reviewed journals" vergleichbar sind.⁶ Manchmal erscheint es einem hauptberuflichen Wissenschaftler aber trotzdem angezeigt, sich dem Genre des Meinungsbeitrages anzunähern – und zwar vor allem dann, wenn sich Problembeschreibungen und Handlungsanweisungen aufdrängen, die Albert O. Hirschmann als "*action arousing gloomy visions*" charakterisierte.⁷ Umso dankbarer ist er dann, wenn sich "Streitplätze" finden, die die Funktion des Zwischenglieds zwischen Meinungsseite und IB-Fachzeitschrift übernehmen. Nachdem sich *frühere Befürchtungen*⁸ zur Entwicklung deutscher Außenpolitik in den letzten Jahren schneller als erwartet (und gegen den Trend des wissenschaftlichen Diskurses) zu düsteren Visionen verdichtet haben, scheint mir der Zeitpunkt gekommen, die imaginäre Grenze zwischen seriöser Wissenschaft und bloßer Meinung zu überschreiten. Mit den folgenden Thesen lade ich daher zum Streit über eine düstere Vision ein, die uns nach meiner Überzeugung zum Nachdenken und Handeln mobilisieren sollte.

1. Die Außenpolitik Deutschlands steckt in einer der *tiefsten und weitreichendsten Krisen*⁹ der Nachkriegsgeschichte. Diese Krise ergibt sich aus einer Verquickung selbst verschuldeter innerer Fehlentwicklungen auf der einen Seite und (bestenfalls mittelbar beeinflussbarer) veränderter internationaler Rahmenbedingungen auf der anderen Seite. Sie äußert sich in einer sich weitenden Kluft zwischen wachsendem, strategisch aber ungeklärten außenpolitischem Gestaltungsanspruch einerseits und schrumpfenden Ressourcen andererseits. Keine dieser krisenhaften Entwicklungen ist über Nacht über Deutschland hereingebrochen. Einiges davon ist seit längerem absehbar und politisch gewollt. Dazu gehören die unter dem Begriff der "Normalisierung" subsumierten Entwicklungen. Anderes hat sich über die Jahre hinweg zusammen gebräut, dann aber überraschend und gewiss nicht immer erwünscht über Deutschland entladen. Dazu zählen die Ereignisse nach dem 11. September 2001. Was hier als "Krise" bezeichnet wird, erscheint anderen als eine *normale Entwicklungsphase im Prozess des "Erwachsen"-Werdens*.¹⁰ Beiden Beschreibungen liegt allerdings ein gemeinsamer Nenner zugrunde: die machtpolitische Resozialisierung Deutschlands im *Konzert der großen Mächte*.¹¹ Dieser Resozialisierungsprozess hat bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre begonnen. Deutlichere Konturen gewann er jedoch erst mit dem Amtsantritt Gerhard Schröders und seiner Selbststilisierung als *"selbstbewusster" Kanzler einer "erwachsenen Nation"*.¹² Seither haben sich mit jeder neuen außenpolitischen Krise neue Resozialisierungserfolge eingestellt.
2. Weder "Remilitarisierung" noch "Renationalisierung" bringen diese Entwicklung angemessen auf den Begriff. Wie diejenigen mit einem längeren Kurzzeitgedächtnis noch wissen, zählten beide Begriffe bis weit in die 1990er Jahre zu den herausragenden Schlagworten im außenpolitischen Diskurs. Sie sind mittlerweile zum einen deshalb aus der Mode gekommen, weil die hauptverdächtigen "Remilitarisierer" und "Renationalisierer" derzeit in der Opposition stehen und Nestbeschmutzer nirgends willkommen sind. Zum anderen sind sie aber auch deshalb nicht mehr treffend, weil Bundeswehreinmärsche in Afghanistan Deutschland nicht "remilitarisieren" und Stabilitätspaktsuspendierungen das Land noch nicht "renationalisieren". Beide Entwicklungen lassen sich aber recht einfach unter dem Etikett "gelungener" machtpolitischer Resozialisierung subsumieren: Im Falle Afghanistan bot sich der Bundesregierung die einmalige Chance, nicht nur unter der Fahne der Zivilmacht die Rechte der Frauen am Hindukush zu verteidigen und gleichzeitig die *deutsche Resistenz gegenüber Sonderwegen unter Beweis zu stellen*¹³, sondern auch gegenüber der Vormacht USA das Mitspracherecht der Deutschen in den großen weltpolitischen Fragen einzuklagen und Punkte für

einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu sammeln. Dafür riskierte der Bundeskanzler mit der Vertrauensfrage sogar sein politisches Schicksal. Dass George Bush in der nächsten Anti-Terror-Etappe die "Konsultations"-Erwartung Schröders im Falle Irak nicht ganz so ernst nahm, stieß in Berlin jedoch übel auf. Unter den neuen Bedingungen wurde daher Afghanistan zum Hebel, um neben dem Schutz afghanischer Frauen nun die deutsche Abstinenz im Irak zu rechtfertigen. Beim Stabilitätspakt stellt sich die Lage noch einfacher dar, denn um eine simple "Renationalisierung" geht es hier schon deshalb nicht, weil nicht die DM wieder eingeführt, sondern durch massiven deutschen Druck (und assistiert von mehr als willigen Franzosen) die europäischen Spielregeln den veränderten deutschen Bedürfnissen angepasst wurden. In beiden Fällen (Afghanistan und Stabilitätspakt) zeigt sich demnach, dass die alten Ängste (und genau das verbarg sich ja hinter "Remilitarisierung" und "Renationalisierung") zu "deutsch" und damit auch zugleich "über-realistisch" und unterkomplex formuliert waren: (Re-) Militarisierung und (Re-) Nationalisierung erscheinen vor dem Hintergrund europäischer Mehrebenenpolitik und "global governance" einfach als ausgeleierte Schlagworte, die nicht mehr passen. Dass allerdings in der EU des Jahres 2004 auch "Machtpolitik" ein Anachronismus sei, ist zwar eine in Deutschland noch immer weit verbreitete Hoffnung, ganz so einfach lässt sich diese Wunschvorstellung allerdings nicht mit der Realität inner-europäischer (ganz zu schweigen: transatlantischer) Konflikte versöhnen. Gewiss, Machtpolitik unter "Euro"-Bedingungen wird andere Merkmale aufweisen, als Machtpolitik in einem nationalistisch aufgeputschten Europa an der Wende des 19./20. Jahrhunderts. Aber dass diese mit jener mehr gemein hat als viele Kritiker des Realismus zugestehen wollen, scheint mittlerweile selbst dann auf der Hand zu liegen, wenn man einräumt, dass Machtpolitik selten offen propagiert wird – und zwar selbst von jenen nicht, die den *Realismus nach wie vor für vergleichsweise erklärungskräftig oder zumindest richtungsweisend* halten.¹⁴

3. Machtpolitische Resozialisierung besteht aus einer "Machtpolitik"- und aus einer "*Resozialisierungs*"-Komponente.¹⁵ Resozialisierung verweist darauf, dass sich Außenpolitik-Orientierungen unter dem Druck innerer und äußerer Rahmenbedingungen behaupten müssen. So wie die harte Bewährung eines aus der Haft Entlassenen erst außerhalb der Gefängnismauern beginnt, so begann für Deutschland der harte "Zivilmacht"-Test erst nach Erlangung der "vollen Souveränität". Das Glück (oder, je nach Blickwinkel: Pech) der Deutschen bestand damals darin, dass kaum jemand daran interessiert war, dass das vereinigte Deutschland weiterhin als "Zivilmacht" glänzte – zumindest was die Kehrseite der "Scheckbuch"-Medaille, die militärische

Abstinenz, angeht. Die Bundeswehr auf dem Balkan zu sehen, war kein ungestilltes deutsches Verlangen, sondern schon deshalb ein nützliches Instrument in den Kalkülen anderer, weil die Deutschen bestens ausgebildete militärische Kräfte zur Verfügung stellten und sie darüber hinaus – da nützte "die Geschichte" auch unter machtpolitischen Gesichtspunkten den anderen noch immer – keine lauten (Kommando-) Ansprüche stellten. Dass Deutschlands Verbündete "mehr Verantwortung" verlangten, war jedoch zumindest insofern nie genschieristisch gemeint, als die Berliner Entscheidungsträger dies als Aufforderung zur Erhöhung des Entwicklungshilfeeinsatzes verstehen sollten. Die *dehnbare (und tatsächlich weit gedehnte) Formel von der wachsenden außenpolitischen "Verantwortung"*¹⁶ bezog sich fast immer auf die Bundeswehr – und sie wurde auch von niemandem so konsequent in diesem Sinne übersetzt wie vom *gegenwärtigen Bundeskanzler*.¹⁷ "Die Verbündeten" hätten angesichts ihrer realpolitischen Vorsprünge allerdings wissen können, dass machtpolitische Resozialisierungsprozesse manchmal nicht nur schneller wirken als intendiert, sondern oft auch das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt war. Erhofft hatten sich die meisten Verbündeten ein Deutschland, das steuerbar bleibt wie zuvor, nun aber zumindest seine militärischen "Verkrampfungen" löst und die Bundeswehr zur Unterstützung von Operationen entsendet, die (wie früher) weitgehend in Washington, Paris oder London gelenkt werden. Dass die Deutschen über kurz oder lang eigene Steuerungsansprüche stellen könnten, war wohl einkalkuliert, letztlich aber eher auf längere, denn kürzere Frist erwartet worden. Die Bundesregierung lernte ihre *realpolitischen Lektionen*¹⁸ allerdings sehr schnell. Innerhalb von drei Jahren nahm sie nach dem Durchbruch zum "normalen Verbündeten" im Kosovo¹⁹ in Afghanistan den "Kampf gegen den Terror" auf, lehnte im Sommer 2002 aber jegliche *Irak-"Abenteuer"* "als mit einem "deutschen Weg" unvereinbar ab."²⁰ Auch wenn der Irak-Fall von manchen als Wiederauferstehung der Bonner Zivilmacht gefeiert wird, passt er – wenn man denn der Zivilmacht eine eher klassische, auf Machtmaximierung zielende Mittel- oder Großmacht dichotomisch gegenüber stellen wollte – viel besser zu letzterer, weil hier die einseitige Festlegung des Bundeskanzlers, dass sich Deutschland unter keinen Umständen an UN-Zwangsmaßnahmen gegen Saddam Hussein beteiligen würde, als Machtpolitik-Indiz schwerer wiegt. Ein anderes Urteil wäre nur dann gerechtfertigt, wenn man überzeugend nachweisen könnte, dass die Bundesregierung den *Machtpolitik-Resistenztest* bestanden hat. Auf einen kurzen Nenner gebracht besteht er darin, ob außenpolitische Initiativen internationale Regelwerke stärken (also die Bindungswirkung internationaler Normen

erhöhen) und damit die Spielräume für einzelstaatliche Eigenmächtigkeiten einschränken.²¹ Bei diesem Test ist die Bundesregierung in den letzten Jahren wiederholt durchgefallen.

4. Resozialisierungen können nur gelingen, wenn der Sozialisand den Sozialisationsagenten entweder ausgeliefert ist oder ihnen freiwillig eine gewisse Empfänglichkeit für ihr Sozialisationsansinnen entgegen bringt. Dies war im deutschen Fall bereits recht bald nach der Vereinigung gegeben. Unter den Kohl-Regierungen war "Normalisierung" nach 1990 allerdings als eine der neuen Schlüsselkategorien des außenpolitischen Diskurses noch mit Vokabeln wie "*Bündnisfähigkeit*"²² verknüpft und weitgehend auf die Ermöglichung einer Beteiligung der Bundeswehr an gemeinsamen Operationen der NATO auf dem Balkan bezogen worden. Entsprechend wurde "Normalisierung" damals auf der Linken auch zumeist mit dem Begriff der "*Remilitarisierung*"²³ gepaart. Dass "Normalität" und "Zivilität" vor dem Hintergrund der üblichen Sprachspiele der Außenpolitik eine nicht ganz so harmonische Synthese eingehen würden wie in den Sonntagsreden suggeriert, wurde jedoch erst nach dem Regierungswechsel 1998 offensichtlich. "*Scheckbuchdiplomatie*" und andere Formen der "*Leisetretere*" wurden für *anormal erklärt*²⁴ und "*Respekt*"-*Hascherei* als außenpolitische Pflichtübung im Schaulaufen der Großmächte wieder entdeckt wurde.²⁵ Die Bereitwilligkeit der Deutschen, sich dem machtpolitischen Sozialisierungsdruck schnell zu ergeben, ist allerdings nicht nur ein Elitenphänomen der Berliner Republik. Vielmehr lässt sich anhand zahlreicher *Umfragen* belegen, dass politische Führung und öffentliche Meinung bereits seit längerem in dieselbe Richtung marschieren.²⁶
5. So offensichtlich die erfolgreiche machtpolitische Resozialisierung auf den zweiten Blick heute auch erscheinen mag, so überraschend stellt sie sich nach wie vor auf den ersten dar. Dass das vereinigte Deutschland auf Dauer eine "*Zivilmacht*"²⁷ bleiben würde, schien nach der Vereinigung eigentlich überdeterminiert: alle Faktoren, die jenseits verstaubten "*realistischen*" *Theorieguts*²⁸ zu den Triebkräften der modernen internationalen Politik gerechnet wurden, prädestinierten das neue Deutschland schon einzeln dafür, weiter auf dem Tugendpfad der alten Bonner Republik zu wandeln: die *historische Läuterung*²⁹ im Allgemeinen und die *Erfolgsgeschichte*³⁰ bundesdeutscher Außenpolitik im Besonderen; die weitgehende politische *Integration*³¹ mit den (west-) europäischen Nachbarn einerseits und die *ökonomische Abhängigkeit*³² von offenen und funktionierenden internationalen Handelswegen andererseits. Dass diese Faktoren im vereinigten Deutschland wie nirgends sonst auch

noch gebündelt auftraten, schien die Extrapolation einer Bonner Republik mit einer außenpolitischen "Kultur der Zurückhaltung" weit ins 21. Jahrhundert zu einem Selbstläufer zu machen.

6. Umso mehr reibt sich die "community" heute die Augen, wie diese Veränderungen eigentlich passieren konnten. Dass die "*Machtvergessenheit*"³³ passé ist, wird zwar *hie und da noch gefeiert*³⁴ – wobei schon die Tatsache, dass *konservative Historiker* zur Siegerkranzflechtung für sozialdemokratische Kanzler antreten, die erdrutschartigen Verwerfungen im außenpolitischen Koordinatensystem der Republik bestens markieren.³⁵ Bei eher bedächtigeren Realisten scheint sich nach *anfänglichem Beifall* für die machtpolitisch zupackende Art der neuen Generation mittlerweile aber der Verdacht eingestellt zu haben, dass "*verantwortliche Machtpolitik*" doch eine Gratwanderung darstellen könnte, die deutsche Kanzler ohne das Format eines Bismarck, Adenauer oder Brandt überfordern und der Schuß in die *falsche machtpolitische Richtung* losgehen könnte.³⁶ Trotzdem kann noch nicht davon die Rede sein, dass die überraschenden außenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre die wissenschaftliche Gemeinschaft bereits in aristotelisches Staunen versetzt hätte. Zwar ist die Zeit schon wieder zu weit fortgeschritten, um die größeren Publikationen zur deutschen Außenpolitik aus den letzten Jahren in Haftung zu nehmen, aber wenn man sich auf diesem Terrain derzeit orientieren will, dominiert noch immer das Bild einer weitgehenden "*Kontinuität*" *deutscher Außenpolitik* in der Traditionslinie der Bonner Republik.³⁷ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Krise deutscher Außenpolitik auch als eine Krise deutscher Außenpolitikforschung dar – zumal diese im vergangenen Jahrzehnt einen zuvor selten gesehenen *Boom*³⁸ erlebte. Das *langsame Erwachen* scheint allerdings begonnen zu haben.³⁹ Es ist nun zu hoffen, dass Urteile von gestern, die sich womöglich in ihrer längerfristigen wissenschaftlichen Belastbarkeit als nicht ganz so tragfähig erweisen wie vielleicht erwartet, nicht zum Anlass für professionspolitisches "finger pointing" genommen, sondern als Ansporn verstanden werden, den wissenschaftlichen Werkzeugkasten (Begriffe, Methoden, Theorien) einer Inventur zu unterziehen und die Werkzeuge dem veränderten Gegenstand anzupassen.
7. Wenn der hier gewählte *Zugriff*⁴⁰ tatsächlich tragfähiger ist als jener der im letzten Abschnitt kritisierten Arbeiten, dann müsste er sich durch eine längere Halbwertszeit ausweisen können. Urteile über gute (oder schlechte) Wissenschaft lassen sich zwar ohne weiteres auch aus der Perspektive der Zeitgenossenschaft fällen. "Prognosekraft" gilt allen Wissenschaften aber aus

gutem Grund als ein Kriterium des Qualitätsnachweises. Die längere Halbwertszeit müsste sich daher u.a. dadurch ausweisen können, dass eine Lagebeschreibung geliefert wird, die hinsichtlich der Gegenwart triftig erscheint und im Blick auf die Zukunft tragfähig ist. Man könnte sie in dieser Hinsicht für umso wertvoller erachten, je stärker sie vom "mainstream" abweicht und je besser sie sich auf Dauer bewährt. Die folgenden Zuspitzungen stellen einen Selbstversuch in diesem Sinne dar.

8. Ganz im Sinne der drei Eingangszitate deutet derzeit viel darauf hin, dass die machtpolitische Resozialisierung Deutschlands weiter an Geschwindigkeit gewinnen wird. In einem traditionellen Zugriff sprächen vor allem zwei Faktoren für diese Erwartung: zu einem geringeren Teil die Tatsache, dass die *personelle Konstellation an der Spitze* deutscher Außenpolitik und die (über kommunizierende Röhren verlaufenden) *Rückkoppelungsprozesse* mit der breiteren Öffentlichkeit keine Anhaltspunkte liefern, dass eine Richtungsänderung wahrscheinlich ist.⁴¹ Zu einem größeren Teil könnte man sogar verführt sein, diese Prognose auf "objektive strukturelle Faktoren" zurückzuführen: ein *komplizierteres außenpolitisches Umfeld* in den beiden traditionellen institutionellen Kontexten deutscher Außenpolitik, der EU wie auch der NATO, sowie eine *schrumpfende Ressourcenbasis*, die nicht nur alte "Nettozahlerrollen" nicht mehr zulässt, sondern nach Thatchers Muster („I want my money back“) *nach außen gerichtete Ressourcenmobilisierungsstrategien* nahe legt.⁴² Ein solcher traditioneller Zugriff würde jedoch deshalb zu kurz greifen, weil ein anderer Blickwinkel, der insbesondere an fehlgeleiteten Ambitionen und einer kontraproduktiven Problembeschreibung ansetzt, zu anderen Schlüssen führen kann.
9. Aus diesem alternativen Blickwinkel erscheinen die handelnden Individuen (z.B. Bundeskanzler) und Kollektive ("Deutschland") als *genuin kreative Akteure*, die in der Wahl ihrer Problembeschreibungen und der daraus abgeleiteten Handlungsprogramme zwar nicht völlig frei, aufgrund ihrer Erfahrung und Intelligenz aber durchaus in der Lage sind, vermeintlichen "objektiven strukturellen Zwängen" zu trotzen.⁴³ In scharfem Kontrast zum Realismus wird daher den handelnden Akteuren aus diesem Blickwinkel prinzipiell ein beträchtliches Trotzpotenzial zugestanden. Gegenwärtig spricht allerdings wenig dafür, dass sie es auch realisieren wollen. Dem "Streitplatz" angemessen werden daher im Folgenden notwendige Differenzierungen zugunsten einer bewussten Zuspitzung vernachlässigt und den wissenschaftlichen Kritikern überlassen. Statt dessen wird mit dem Konzept der machtpolitischen Resozialisierung eine mir zunehmend plausibel erscheinende Beschreibung

einer Entwicklungslinie angeboten, die im Blick auf die Vergangenheit genauso *Erklärungsimplicationen* beinhaltet wie sie für die Zukunft einige *Szenarien* eher nahe legt und andere eher ausschließt.⁴⁴ Kritiker, die diese Beschreibung als weder triftig noch tragfähig verwerfen, möchte ich einladen, ihrerseits mit alternativen Beschreibungen aufzuwarten. Vor einigen Jahren hätte dazu beispielsweise eine Beschreibung unter dem Stichwort der *anhaltenden Europäisierung deutscher Außenpolitik* gehört.⁴⁵ So wie mein Vorschlag als Dramatisierung erscheinen mag, so würde ich mittlerweile die Beschreibung deutscher Außenpolitik als Ausdruck anhaltender Europäisierung aus einem einfachen Grund als Verharmlosung charakterisieren: Falls man die 1990 noch gängige, dichotomische Beschwörungsformel eines "europäischen Deutschland", das einem "deutschen Europa" gegenübergestellt wurde, zum Referenzmaßstab zur Beurteilung seitheriger europäischer Entwicklungen machen würde, läge die Schlussfolgerung auf der Hand, dass *nicht nur Deutschland, sondern auch Europa "deutscher"* geworden sind.⁴⁶ Vor diesem Hintergrund erscheint mir das Risiko der Dramatisierung dann erträglicher als das Risiko der Verharmlosung, wenn man die Möglichkeit ernst nimmt, dass wir an der Schnittstelle zwischen weit zurückreichenden historischen Entwicklungslinien einerseits wie auch gegenwärtigen politischen, ökonomischen und transnationalen Verflechtungen im Rahmen der Europäischen Union andererseits noch immer auf *Wissensbestände*⁴⁷ verwiesen sind, die eine besonders hervorgehobene deutsche Rolle in Europa als eine risikobeladene Entwicklung erscheinen lassen – zumal dann, wenn diese mit der Wiederentdeckung machtpolitischer Durchsetzungsstrategien einhergeht.

10. Die Kritikerin könnte nun einwenden, dass all dies noch nicht das Brandt-Zitat am Anfang rechtfertigt. Selbst wenn man unterstellt, dass die These der machtpolitischen Resozialisierung zutrifft, folgt daraus noch nicht, dass ein *Rückfall in alte innereuropäische Großmachtrivalitäten*⁴⁸ oder ein Zerfall der Europäischen Union droht. Solche Extrapolationen würden, so könnte diese Kritikerin zu Recht anmerken, die grundlegend neuen Realitäten EU-europäischen Regierens völlig falsch einschätzen. Die Erwiderung wäre eine doppelte: Argumentationstaktisch würde ich erstens behaupten, dass die mittel- und langfristigen Risiken der Dramatisierung weniger gefährlich ausfallen als die Risiken der Verharmlosung. Entgangene deutsche Machtgewinne wären das Schlimmste, was passieren könnte, wenn politische Entscheidungsträger präventiv eine zurückhaltendere Politik betrieben, die Dramatisierung machtpolitischer Resozialisierung sich letztendlich aber als falsch herausstellte. Weitreichende Wohlfahrts- und Stabilitätsverluste

könnten sich demgegenüber einstellen, wenn sich die Verharmlosungsstrategie als falsch erwiese. Eine zweite Erwiderung bestünde in dem rhetorischen Verweis auf andere, zunächst unerwartete Entwicklungen der letzten Jahre, die sich dann überraschenderweise doch eingestellt haben: Wurde nicht lange auf die ausgesprochene *Belastbarkeit der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft* verwiesen und hat diese – hinsichtlich ihrer vermeintlichen Dauerhaftigkeit als Kooperationsgemeinschaft ebenfalls überdeterminierte – Sicherheitsgemeinschaft nicht in kürzester Zeit markante Risse in ihrem Fundament zu verzeichnen, die nur wenige vorhergesehen haben, die *heute aber in großer Einmütigkeit konstatiert* werden?⁴⁹ Wer hätte, wenn er Mitte der 1990er Jahre gefragt worden wäre, wie sich die deutsche Außenpolitik unter einer rot-grünen Regierung im Jahr 2004 darstellen würde, in etwa vorausgesehen, was tatsächlich eingetreten ist? Die naheliegenden Antworten auf diese Fragen scheinen mir gute Gründe zu suggerieren, die die Risiken einer irreführenden Dramatisierung im Vergleich zu den Risiken einer irreführenden Verharmlosung mehr als erträglich erscheinen lassen. Dies gilt zumal dann, wenn man sich vor dem Hintergrund der letzten Ereignisse innerhalb der EU (Suspendierung des Stabilitätspaktes, Scheitern des Brüsseler Gipfeltreffens im Dezember 2003) eine erweiterte Union vorstellt, in der Deutschland dem *oftmals vernehmbaren Rat* folgt und (etwa) nach dem britischen oder französischen Vorbild machtvoll für seine (eng definierten) "nationalen Interessen" eintritt.⁵⁰ Wäre es unter diesen Bedingungen wirklich plausibel, ein "So-what"-Durchwursteln nach eingefahrenen europäischen Mustern fortzuschreiben oder wäre es unter diesen Bedingungen nicht zumindest ähnlich plausibel, wenn nicht sogar weit überzeugender, Desintegrationstendenzen zu unterstellen, die sich in einer Verquickung negativer feedbacks im schlimmsten Fall auch zu einer Desintegrationsspirale verselbständigen könnten?

11. Krisen haben im Allgemeinen nicht nur den Nachteil, dass sie Momente erhöhter Gefahr darstellen, sondern auch den Vorzug, dass sie als wichtige Entscheidungspunkte beträchtliche Chancen einer Neuorientierung beinhalten. Bislang wurden (vielleicht über Gebühr) die Risiken der sich abzeichnenden machtpolitischen Resozialisierung Deutschlands betont. Abschließend soll das Bild etwas aufgeheitert werden. Dazu erscheint allerdings ein weiterer Zwischenschritt nötig. Wenn wir einmal unterstellen, dass klar wäre, was "normale" Außenpolitik ist – d.h. wenn wir einmal (wie dies wohl zumeist getan wird) unterstellen, dass eine gewisse Portion machtpolitischer Durchsetzungsfähigkeit und eben auch praktizierter Machtpolitik zum "normalen" Repertoire jeder "reifen" Demokratie dazu

gehört – wie würden wir dann (a) normativ rechtfertigen, dass die Welt mehr von dieser Art "Normalität" braucht und wie würden wir (b) analytisch die Zukunft dieser Welt zeichnen? (Wie) (K)önnte das Argument überzeugen, dass eine Welt voller "normaler" Außenpolitik eine bessere Welt wäre? Ich gestehe, dass ich mir hier Aufklärung durch die "Normalisierungs"-Anhänger erhoffe. Mir fallen keine überzeugenden Argumente ein. Insofern scheint mir zumindest vorläufig auch die Schlussfolgerung zwingend, dass es gerade aus einem in hohem Maße "normalitäts"-geschädigten deutschen Blickwinkel nicht ratsam sein kann, *machtpolitische Normalität zum neuen normativen Fixpunkt* einer außenpolitischen Neuorientierung zu erklären.⁵¹ Was ist die Alternative? Zwei Perspektiven sind hier denkbar: (a) eine stärker binnenorientierte und (b) eine vom Kopf auf die Füße gestellte (zugegebenermaßen etwas utopisch anmutende) Sozialisationsperspektive.

12. Die Binnenperspektive würde den Orientierungsbedürftigen anstelle der "*nach vorne*" blickenden Normalitätsanhänger⁵² die (allseits als Erfolgsgeschichte gepriesene) außenpolitische *Traditionslinie der Bonner Republik* als starke und einfach wieder zu gewinnende Alternative empfehlen.⁵³ Wenn die Analyse zuträfe, dass manche Fehlentwicklung der gegenwärtigen Außenpolitik einem mangelnden nationalen Selbstwertgefühl geschuldet ist, fiel es in dieser Perspektive auch leicht, in der Bonner Republik jene *modernen Quellen eines berechtigten "Nationalstolzes"* zu lokalisieren, die jenseits normalistischer machtpolitischer Durchsetzungsstrategien auch als zukunftsfähig gelten können.⁵⁴ Statt *hoch oder tief zu stapeln*⁵⁵, könnte ein "deutscher Weg", der mit den außenpolitischen Trophäen der Bonner Republik geschmückt wäre, zudem als jene *via media* zwischen Hoch- und Tiefstaperei gefeiert werden, die sogar die Nachbarn bereitwillig mitgehen würden.
13. Eine solche Besinnung auf die modernen Wurzeln außenpolitischen Erfolgs würde zum anderen auch visionäres Potenzial beinhalten. Wenn Geschichte offen ist und wir daher nicht die Sklaven unserer Vergangenheit sind, dann muss dem *Prinzip Verantwortung* ein gebührender Platz eingeräumt werden.⁵⁶ Zu diesem könnte die abschließende, aus heutiger Sicht eher an eine Utopie, denn eine verantwortungsbewusste Zukunftsvorstellung grenzende Idee zu rechnen sein. Im Kontrast zu den gängigen ("rationalistischen") Varianten eines zumeist *defensiven "Liberalismus"* und in Anlehnung an eine Binnendifferenzierung zwischen unterschiedlichen *realistischen Varianten*, könnte man diese Vorstellung als "*offensiven Idealismus*"⁵⁷ bezeichnen. Im Unterschied zu neuesten *teleologischen Idealismus-Interpretationen*⁵⁸ würde sie nicht einen Weltstaat als "unvermeidlich" ausweisen, wohl aber eine grundlegende

Transformation der Weltpolitik in den Bereich des Möglichen, Wünsch- und (zumindest langfristig) Realisierbaren rücken, in der nicht Großmächte mit "normalen" Außenpolitiken um Statusvorteile ringen, sondern große Demokratien sich als Agenten einer sich stetig ausbreitenden Idee des *Regierens jenseits des Nationalstaates*⁵⁹ bewähren, indem sie Außenpolitik nach der *Ischinger-Formel einer "modernen Großmacht"* nicht nur in Reden in evangelischen Akademien propagieren, sondern im Großmachtalltag praktizieren: dass sie versuchen, zu überzeugen statt zu drohen, einzubinden statt zu beherrschen, Partner zu gewinnen statt Gegner in Schach zu halten.⁶⁰ In einer Sozialisierungsperspektive würde Deutschland hier den Spieß umdrehen und vom Sozialisanden der machtpolitischen Resozialisierung anderer zu einer der wichtigsten Sozialisationsagenturen einer weltpolitischen Transformation. Für die nachholende Entwicklung Deutschlands zu einer stolzen, weltweit geachteten Demokratie sollte das mehr als ausreichend Kompensation bereithalten. Es wäre dies auch eine "Neuausrichtung" deutscher Außenpolitik, von der wir aufgrund unseres gegenwärtigen Wissens nicht annehmen müssten, dass wir später einmal Grund haben sollten, unser heutiges Handeln zu bereuen.

¹ Für konstruktive Kritik danke ich den Teilnehmern eines Gesprächs bei der Berliner Repräsentanz der Herbert-Quandt-Stiftung sowie eines Kolloquiums an der FU Berlin. Des weiteren danke ich meinen StudentInnen und KollegInnen an der Universität Frankfurt sowie Wolfgang Wagner und Reinhard Wolf.

² Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics*, Reading, MA: Addison-Wesley Publishing Company 1979, S. 128.

³ So Gerhard Schröder auf die Frage des Journalisten Frederick Kempe, wie er von der Geschichte erinnert werden möchte, Frederick S. Kempe, *Germany's Liberation From France*, in: *The Wall Street Journal Europe*, 22. September 2003, S. A10.

⁴ Zitat des norwegischen Friedensnobelpreisträgers Fridtjof Nansen aus der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt anlässlich der Entgegennahme des Friedensnobelpreises 1971 in Oslo, <http://www.nobel.se/peace/laureates/1971/brandt-acceptance.html> [12.3.2004].

⁵ Vgl. als Überblick Peter Weingart, *Wissenschaftssoziologie*, Bielefeld: transcript Verlag 2003. Kursivsetzungen im Text sind in der veröffentlichten "WeltTrends"-Fassung eingefügt worden, um auf Anmerkungen in dieser Fassung zu verweisen.

⁶ Vgl. hierzu Gunther Hellmann/Harald Müller, *Editing (I)nternational (R)elations: A Changing World*, in: *Journal of International Relations and Development*, Vol. 6, No. 4 (2003), S. 372-389, hier S. 278-285.

⁷Albert O. Hirschmann, *The Rhetoric of Reaction*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1991, S. 153-154.

⁸ Nachdem ich mich in meinen eigenen Veröffentlichungen bis zum Regierungswechsel 1998 hinsichtlich der Kontinuität deutscher Außenpolitik vergleichsweise zuversichtlich geäußert hatte, wuchs mit jedem nachfolgenden Jahr meine Besorgnis, dass sich die Bundesregierung von Gerhard Schröder von der alten Grundlinie deutscher Außenpolitik abwenden könnte. In chronologischer Hinsicht (bezüglich Entstehung, nicht Veröffentlichungsdatum) zählen dazu insbesondere die folgenden Veröffentlichungen:

Gunther Hellmann, *Die prekäre Macht. Deutsche Außenpolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.10.1998, Nr. 250, S. 12, verfügbar unter http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/FAZ_Prekaere-Macht.pdf; ders., *Deutschlands Kraft und Europas Vertrauen, oder: Die Selbstbewußten, die Befangenen und die Betroffenen der neuen deutschen Außenpolitik*, in: Christiane Lammers/Lutz Schrader (Hrsg.): *Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik? Eine friedenswissenschaftliche Bilanz zwei Jahre nach dem Regierungswechsel AFK-Jahrestagung 1999*, AFK-Schriftenreihe Band 27, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2000, S. 42-77; ders., *Nationale Normalität als Zukunft? Zur Außenpolitik der Berliner Republik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 44. Jg., Heft 7 (Juli 1999), S. 837-847; ders., *Beyond Weltpolitik, Self-Containment and Civilian Power: United Germany's Normalizing Ambitions*, in: Norbert Finzsch/Hartmut Lehmann (Eds.), *Visions of the Future in Germany and America (Papers of the Krefeld Historical Symposium 1999)*, New York: Berg Publishers 2001, S. 143-223; ders., *Rekonstruktion der "Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen?" Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik*, Beitrag zum 21. Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Halle/Saale, 1.-5. Oktober 2000 verfügbar unter <http://www.uni-frankfurt.de/fb3/hellmann/mat/hellmann-halle.pdf>; ders., *Einbindungspolitik: Die Strategie für eine deutsche Großmacht in der Bewährung*, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Ulrich Ratsch (Hrsg.), *Friedensgutachten 2001*, Münster: Lit-Verlag 2001, S. 248-257, verfügbar unter http://www.uni-frankfurt.de/fb3/hellmann/mat/FriGu_www.pdf; ders., *Sag beim Abschied leise servus. Die Zivilmacht Deutschland beginnt, ein neues "Selbst" zu behaupten*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 43. Jg., Nr. 3 (2002), S. 498-507.

⁹ Von einer tiefer gehenden "Krise" deutscher Außenpolitik ist nach meiner Wahrnehmung erst seit letztem Jahr in einem breiteren Sinne die Rede; vgl. hierzu Gunther Hellmann, *Agenda 2020. Krise und Perspektive deutscher Außenpolitik*, in: *Internationale Politik*, 58: 9 (September 2003), S. 39-50 sowie den Bericht über eine Expertentagung zur deutschen Außenpolitik: *Deutsche Außenpolitik in der Krise? Zwischen Atlantizismus und Neo-Gaullismus*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 9. Dezember 2003, S. 6. Dass die Kennzeichnung des gegenwärtigen Zustands deutscher Außenpolitik als "Krise" nicht von allen geteilt wird, zeigen insbesondere die Beiträge von Werner Link und Thomas Risse in dem neuesten Themenheft zur deutschen Außenpolitik in der Beilage zur Zeitung "Das Parlament". Aus *Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 11 (8. März 2004): Werner Link, *Grundlinien der außenpolitischen Orientierung*, S. 3-8; Thomas Risse, *Kontinuität durch Wandel: Eine "neue" deutsche Außenpolitik?*, S. 24-31; vgl. auch Gunther Hellmann, *Von Gipfelstürmern und Gratwanderern. "Deutsche Wege" in der Außenpolitik*, a.a.O., S. 32-39. Zu früheren düsteren Visionen zur deutschen Außenpolitik vgl. Hartmut Elsenhans, *Reif für die Weltpolitik? Gedanken zur außenpolitischen Elite Deutschlands*, in: *WeltTrends* Nr. 25 (Winter 1999/2000), S. 121-128 sowie die sich in den folgenden Heften anschließende Debatte; darin auch mein Beitrag "Reif für die Weltpolitik?" oder "Reif für die Insel?" *Deutschlands Platz an der Sonne liegt auf dem europäischen Kontinent*, *WeltTrends* Nr. 28 (Herbst 2000), S. 13-22.

¹⁰ Die Metaphorik des "Erwachsen-Werdens" zählt mittlerweile zu den gängigen Topoi im außenpolitischen Diskurs des vereinigten Deutschland. Die Phase der "Bonner Republik" gilt in dieser Hinsicht als Phase kindlicher Unmündigkeit; vgl. hierzu insbesondere Egon Bahr, Die "Normalisierung" der deutschen Außenpolitik. Mündige Partnerschaft statt bequemer Vormundschaft, in: Internationale Politik, 54. Jg., Nr. 1 (Januar 1999), S. 41-52. Zum wichtigsten Stichwortgeber hat sich allerdings Bundeskanzler Gerhard Schröder entwickelt; vgl. unten Anm. 12.

¹¹ Die europäischen Nachbarn (und hier insbesondere die kleineren Staaten) zählten neben den früheren westlichen "Siegermächten" bis weit in die 1990er Jahre zu den zentralen Referenzpunkten in der Selbstverortung der Bundesrepublik in machtpolitischen Gewichtsklassen. Wenn es schon erforderlich erschien, machtpolitische Statusgruppen zu unterscheiden, ordneten sich die Deutschen regelmäßig unter den "Mittelmächten" ein. Erst mit Gerhard Schröder wurde der Weg zum neuen Selbstverständnis einer "großen Macht in Europa" frei geräumt (vgl. Gerhard Schröder, Eine Außenpolitik des "Dritten Weges"? in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 50. Jg., Nr. 7-8 (1999), S. 394). Das Ziel dieses Weges ist der Club der größten Mächte, der UN-Sicherheitsrat (vgl. bereits Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor den Vereinten Nationen anlässlich des Millenniumsgipfels, New York, 6. September 2000, <http://www.bundeskanzler.de/Kanzler-Aktuell-7718.11949/Rede-von-Bundeskanzler-Gerhard-Schroeder-vor-der...htm> [4.4.2001]) sowie neuerdings Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Eröffnung der Bundesakademie für Sicherheitspolitik: "Grundsätze und Instrumente deutscher Sicherheitspolitik", am Freitag, 19. März 2004, in Berlin, <http://www.bundeskanzler.de/Reden-7715.624649/Rede-von-Bundeskanzler-Schroeder-zur-Eroeffnung-...htm> [27.3.2004]: "Ich teile die Auffassung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan: Die Legitimität des Sicherheitsrats hängt davon ab, dass er repräsentativ für die Völker und repräsentativ für die Regionen ist. Deshalb setzt sich die Bundesregierung für eine Reform und auch für eine Erweiterung des Sicherheitsrates ein. Staaten, die in Afrika, Asien und Lateinamerika eine zentrale Rolle spielen, sollten künftig einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat haben. Das gilt gleichermaßen für die Industrieländer, die wesentliche Beiträge zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit leisten. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, sieht sich Deutschland als Kandidat für einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat."

¹² So Gerhard Schröder in seiner ersten Regierungserklärung: "Unser Nationalbewußtsein basiert [...] nicht auf den Traditionen eines wilhelminischen 'Abstammungsrechts', sondern auf der Selbstgewißheit unserer Demokratie. Wir sind stolz auf dieses Land, auf seine Landschaften, auf seine Kultur, auf die Kreativität und den Leistungswillen seiner Menschen. Wir sind stolz auf die Älteren, die dieses Land nach dem Krieg aufgebaut und ihm seinen Platz in einem friedlichen Europa geschaffen haben. Wir sind stolz auf die Menschen im Osten unseres Landes, die das Zwangssystem der SED-Diktatur abgeschüttelt und die Mauer zum Einsturz gebracht haben. Was ich hier formuliere, ist das Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt. [...] Auch unsere Nachbarn in Europa wissen, daß sie uns als Deutschen umso mehr trauen können, je mehr wir Deutschen selbst unserer eigenen Kraft vertrauen. [...] Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen [...]" (Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag, 10. November 1998, in: Bulletin, Nr. 74 (11. November 1998), S. 910).

¹³ Vgl. hierzu die offizielle Erläuterung des Auswärtigen Amtes: "Könnte Deutschland die Bündnissolidarität verweigern? Der Artikel 5 des NATO-Vertrages setzt für die Bündnispartner

keinen Automatismus in Gang. Die Staaten können selbstständig über Art und Umfang ihres militärischen Beistands entscheiden. Verweigert sich aber die Bundesrepublik der jetzt anstehenden Entscheidung, würde sie sich im Kreise der Partner isolieren, und die europäische Integration schwer belasten. Das schließt die reale Gefahr einer Renationalisierung der europäischen Politik mit ein. Die Alternative zu einer Beteiligung wäre ein deutscher Alleingang, der der entscheidenden Lehre aus unserer Vergangenheit zuwiderläuft: multilaterale Einbindung statt Renationalisierung. Ein solcher neuer deutscher 'Sonderweg' – wie auch immer begründet – würde bei unseren Partnern und Nachbarn auf Unverständnis und Misstrauen stoßen." (Offizielle Erläuterung des Auswärtigen Amtes, Fragen und Argumente zum deutschen Beitrag in der internationalen Koalition gegen den Terrorismus, http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=2295#6 [19.11.2001]).

¹⁴ Von einer "rücksichtslosen Analyse der Wirklichkeit" (wie E.H. Carr "realistisch" definierte) kann derzeit selbst bei deutschen Realismus-Anhängern kaum die Rede sein. Für Realisten wie Carr verdiente Wissenschaft nur dann ihren Namen, wenn sie eine gewisse "Demut" an den Tag legte, sich selbst nicht für allmächtig ansah und die Fähigkeit entwickelte, "zwischen der Analyse dessen, was ist, und der Wunschvorstellung über das, was sein soll, zu unterscheiden" (E.H. Carr, *The 'Twenty Years' Crisis, 1919-1939. An Introduction to the Study of International Relations*, London: Macmillan, 1948(1939), S. 9). Jede "realistische" Analyse müsste dabei die "Enthüllung der realen Basis" abstrakter internationalistischer Prinzipien zum eigentlichen Anliegen erklären: nicht dass Menschen ihren eigenen Prinzipien zuwiderhandelten, sei die realistische Kritik, sondern dass "diese vermeintlich absoluten und universalistischen Prinzipien eigentlich gar keine Prinzipien sind, sondern lediglich unbewusste Reflexionen nationaler Politik, die auf einer partikularen Interpretation des nationalen Interesses zu einer bestimmten Zeit" beruhen. Frieden oder internationale Kooperation mögen zwar als Zwecke eine gewisse allgemeine Berechtigung haben, sobald sie aber "in konkreten politischen Situationen" zur Anwendung kommen sollten, würden sie "als durchsichtige Maskerade egoistischer Interessen" enthüllt (a.a.O., S. 87-88). Eine "realistische" Analyse deutscher Außenpolitik, die in diesem Sinne etwa die im letzten Jahr des öfteren wiederholten Formulierungen des Bundeskanzlers von den vermeintlich friedensstiftenden Wirkungen der "Multipolarität" aufs Korn nimmt, ist mir weder von gegenwärtigen Realismus-Anhängern noch Realismus-Kritikern bekannt. Allerdings finden sich realistisch inspirierte normative Analysen, die die Position des Bundeskanzlers zumindest indirekt gutheißen und eine stärkere Ausrichtung deutscher Außenpolitik im Sinne gewisser realistischer Maxime *empfehlen*. Diese Handlungsempfehlungen ergeben sich in dieser Sichtweise gleichsam zwingend aus polaren Machtverschiebungen, die im Moment auf eine neue "multipolare" Welt hindeuten; vgl. hierzu insbesondere Werner Link, Im Zweifel für Europa, in: Rheinischer Merkur, Nr. 50 (11.12.2003), S. 6. Link argumentiert in diesem Beitrag, dass "die Politik der Multipolarisierung und des machtvollen Europa", die Frankreich und Deutschland im vergangenen Jahr betrieben haben, "zukunftsfruchtig" sei. Deutschland könne sich "der ordnungspolitischen Wahl, vor die Amerika Deutschland" stelle, nicht länger entziehen und müsse daher zusammen mit Frankreich "kooperative Gegenmacht" gegenüber den USA bilden (vgl. hierzu auch ders., Imperialer oder pluralistischer Frieden?, in: Internationale Politik, 58. Jg. Nr. 5 (Mai 2003), S. 48-56). Wie unter Rückgriff auf die realistische Theorettradition ein *realistisches Argument* hinsichtlich der zumindest implizit behaupteten *kooperationsstiftenden Wirkungen* solcher Gegenmachtbildung aussieht, wird hier aber nicht näher erläutert.

¹⁵ Das Konzept der Sozialisation ist in den Internationalen Beziehungen spätestens seit Kenneth Waltz prominenter Thematisierung Gegenstand theoretischer Reflexion (vgl. Waltz, *Theory of International Politics*, wie Anm. 2, S. 127-28). Von zentraler Bedeutung war es allerdings bis in die jüngere Zeit nicht; (vgl. hierzu allerdings die Arbeiten von Frank Schimmelfennig, insbesondere seinen Forschungsüberblick "Internationale Sozialisation: Von einem ‚erschöpften‘ zu einem produktiven Forschungsprogramm?" in: Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/

Michael Zürn (Hrsg.), Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Bd. 10), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2003, S. 401-427). Wenn hier von "Resozialisierung" die Rede ist, soll allerdings keineswegs (wie dies im Eingangszitat von Kenneth Waltz anklingt) suggeriert werden, dass Deutschland den Sozialisierungsansinnen machtlos *ausgeliefert* wäre.

¹⁶ Vgl. Michael Kreile, Verantwortung und Interesse in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B5 (1996), S. 3-11; Rainer Baumann, The Transformation of German Multilateralism. Changes in the Foreign-Policy Discourse since Unification, in: German Politics and Society 20: 4 (2002), 1-26.

¹⁷ Für Gerhard Schröder schien es von Anfang an sehr nahe liegend zu sein, Bundeswehreinsätze und die Übernahme von "Verantwortung" in einem unmittelbaren Zusammenhang zu stellen. Die nachfolgenden Zitate belegen dies [Hervorhebungen vom Verfasser hinzugefügt]. Bereits im Vorfeld des Kosovo-Krieges stellte Schröder klar, dass Deutschland "*keinen Sonderweg gehen*" wolle, sondern bereit sei, "ohne jedes Wenn und Aber [...] *als 'normale' Alliierte Verantwortung zu übernehmen.*" (Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der 35. Münchener Tagung für Sicherheitspolitik am 6. Februar 1999 in München, in: Bulletin. Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 8 (22. Februar 1999), S. 91). Diese Position hat er später sogar noch verstärkt: "Auf dem Balkan – ich denke, das kann *man mit einem gewissen Stolz feststellen* – hat sich die Bundeswehr hervorragend bewährt; und sie tut es weiter. Sie hat dort bewiesen, dass sie, was die Leistungsfähigkeit und die Motivation ihrer Angehörigen angeht, den *Vergleich mit unseren Verbündeten und Partnern in gar keiner Weise zu scheuen* hat. Deutschland hat über seine vielfältigen politischen, diplomatischen und humanitären Aktivitäten hinaus einen *substanziellen militärischen Beitrag* zur Beendigung von Völkermord und Krieg geleistet. Wir haben hier gesehen: *Erfolgreiche Friedens- und Stabilitätspolitik muss das ganze – ich betone: das „ganze“ Spektrum sicherheitspolitischer Instrumente umfassen. Diese schwierige Aufgabe können und wollen wir nicht anderen überlassen*, insbesondere dann nicht, wenn es um Krisen und Konflikte im euro-atlantischen Raum geht. Im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO, der EU und der OSZE *Verantwortung zu übernehmen, ist ein ureigenstes deutsches Interesse. Deshalb wird dies auch ein Markenzeichen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bleiben.* Eine der unerlässlichen Voraussetzungen dafür ist eine leistungsfähige Bundeswehr. Um diese Bundeswehr der Zukunft zu schaffen, werden wir in den nächsten Monaten die notwendigen Entscheidungen treffen." (Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Veranstaltung "Bundeswehr und Wirtschaft – eine strategische Partnerschaft auf dem Weg in den modernen Staat", in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 24 (5. Mai 2000), <http://www.bundesregierung.de/01/0106/00053/01html>, [6.7.2000]). Auch nach dem 11.9.2001 wies der Bundeskanzler darauf hin, dass "gerade wir Deutschen [...] nun auch eine Verpflichtung" hätten, "*unserer neuen Verantwortung umfassend gerecht zu werden.* Das schließt - und das sage ich ganz unmissverständlich - auch die Beteiligung an militärischen Operationen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten, zur Herstellung von Stabilität und Sicherheit ausdrücklich ein." (Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur aktuellen Lage nach Beginn der Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan vor dem Deutschen Bundestag am 11. Oktober 2001, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 69-1 (12. Oktober 2001), Bundesregierung online).

¹⁸ Joschka Fischer war in dieser Hinsicht schon immer weit stärker sensibilisiert als Gerhard Schröder. Bereits in seinem Empfehlungsschreiben in eigener Sache, seinem Buch "Risiko Deutschland" warnte Fischer in nachdenklich stimmenden Worten vor der Rekonstruktion der "Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen". Im Rückblick von einem Jahrzehnt scheint Fischer geradezu seherische Fähigkeiten gehabt zu haben. Es lohnt daher, zumindest eine einschlägige Stelle etwas ausführlicher zu zitieren: "[A]us der besonderen deutschen Geschichte heraus ist dieses Land nun einmal gut beraten, keine Rückkehr zu einer

militärisch gestützten Außenpolitik zu betreiben. Deutschland war auch ohne Weltpolitik und "out of area"-Einsätze über Jahrzehnte hinweg voll bündnisfähig und ein allseits geachtetes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft [...]. Eine erneute "Vermachtung" der deutschen Politik wie sie gegenwärtig allenthalben gefordert wird, liegt nicht im Interesse Deutschlands. Sehenden Auges würde man eine der größten Errungenschaften der Nachkriegszeit aufgeben, nämlich den Bruch mit der preußisch-deutschen Machtstaatstradition und die Konzentration des demokratischen Deutschlands auf die zivile Politik. Die weitere Entwicklung ist unschwer abzusehen: Es fängt heute mit der Parole "Mehr Verantwortung übernehmen!" an, dann werden die ersten Kriegseinsätze stattfinden, die ersten Toten wird es geben, die ersten vaterländischen Rituale werden folgen, die Generalität wird mehr Freiheiten wollen, Kriegshelden werden wieder heroisiert, längst überwundene Traditionen werden exhumiert werden und die von den Deutschnationalen heiß ersehnte Wiederkehr des "Primats der Außenpolitik" wird dann gefeiert werden dürfen; parallel dazu wird Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erhalten, in dem als ständige Mitglieder heute nur lauter Nuklearmächte sitzen. Folglich wird auch in Deutschland dann die Debatte beginnen um die "vollständige" Souveränität, und dies ist in der heutigen Welt nun einmal die nukleare Souveränität. Und so wird eines zum anderen kommen, und die wirtschaftliche Großmacht Deutschland wird sich auch auf den Weg zur politischen Großmacht begeben, die Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen – dieses große Ziel der deutschnationalen Revisionsversuche der Gegenwart – wird dann in greifbare Nähe rücken, und das wird bei unseren europäischen Nachbarn alles andere als Entzückensschreie auslösen, sondern Furcht, Mißtrauen und mehr oder weniger verdeckte Eindämmungsbemühungen." (Joschka Fischer, Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik, Köln: Kiepenheuer und Witsch 1994, S. 229-230).

Der Verdacht, dass Bundeskanzler Schröder Außenpolitik demgegenüber weit stärker "aus dem Bauch heraus" mache, wird nicht nur von ihm selbst und hinter vorgehaltener Hand auch von professionellen Diplomaten im Bundeskanzleramt behauptet (vgl. Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder im TV-Sender 3-sat am 3. April 2003, http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global.naviknoten=6090&link=bpa_notiz_druck&global.printview=2&link.docs=477885 [6.8.2003]; die Einschätzungen aus dem Bundeskanzleramt beruhen auf einem Interview des Verfassers mit einem außenpolitischen Mitarbeiter des Bundeskanzlers). Dieser Verdacht wird auch immer wieder durch die teils öffentlichen, teils halb-öffentlichen Äußerungen des Bundeskanzlers genährt. Die berüchtigte Unberechenbarkeit Schröders zeigte sich im Laufe des letzten Jahres beispielsweise in völlig widersprüchlichen Äußerungen zur Frage der Wünschbarkeit einer polaren Machtverteilung im internationalen System. Anfang Februar 2003 sah etwa "Der Spiegel" Schröder entschlossen, den Streit mit den USA im Irak-Konflikt "zur weltpolitischen Schicksalsfrage" zu "stilisieren". In einer "kämpferischen Rede vor der SPD-Fraktion", in der er "immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen" worden sei, habe Schröder betont: "Ich fühle mich nicht anderen Regierungen verpflichtet". Er bezeichnete "die Frage von Krieg und Frieden im Irak als 'Weichenstellung' und 'historische Entscheidung', die die Entwicklung auch in Europa in den nächsten zehn bis 15 Jahren bestimmen werde. Es gehe im Kern darum, ob eine multipolare Welt erhalten bleibe oder nur noch eine Macht die Geschicke lenke. Nach den Worten des Kanzlers kommt es jetzt vor allem darauf an, dass sich Deutschland und Frankreich nicht auseinanderdividieren lassen." (Spiegel online, 10. Februar 2003, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,234574,00.html> [11.2.2003]). Ein "Spiegel"-Interview Schröders vom 19. April 2003 wird auf der Homepage des Bundeskanzleramts in folgenden Worten zusammengefasst: "Gefragt nach der internationalen Situation *bekannt sich der Bundeskanzler* in einem Interview mit dem 'Spiegel' *klar zu einer multipolaren Weltordnung unter dem Dach der UNO.*" Darüber hinaus forderte Schröder "'in der Außen- und Sicherheitspolitik, die notwendigen Schlüsse aus der veränderten Realität in der Welt zu ziehen'." (<http://www.bundestkanzler.de/Aussenpolitik-.7698.480434/Unter-dem-Dach-der-Vereinten->

[Nationen-mit-einem-...htm](#) [5.1.2004] [Hervorhebung vom Verfasser hinzugefügt]). Noch pointierter äußerte sich Schröder auf dem ökumenischen Kirchentag im Mai 2003: "Und ich glaube, auch die dritte Botschaft dieses Gottesdienstes verstanden zu haben, die schlicht hieß: Auch wenn es schwierig ist, auch wenn es Rückschläge geben mag in eurem Bemühen, haltet fest an dem Bild einer multipolaren Welt, haltet fest daran, so weit und so lange es irgend geht, die Konflikte dieser Welt mit friedlichen Mitteln zu lösen. Wir wollen das versuchen." (Ansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Eröffnungsveranstaltung zum Ökumenischen Kirchentag am 28. Mai 2003, <http://www.bundeskanzler.de/Reden-.7715.489638/Ansprache-von-Bundeskanzler-Gerhard-Schroeder-an...htm> [5.1.2004]). In diesem Zusammenhang ist zwar nicht ganz klar, ob der Bundeskanzler hier statt "*multipolarer Welt*" nicht eher "*multilaterale Politik*" meinte; es ist allerdings höchst fraglich, ob es beruhigender stimmen würde, wenn man sähe, dass ein deutscher Bundeskanzler den Unterschied zwischen *Multipolarität* und *Multilateralität* nicht kennt). Andererseits finden sich einige Monate später auch wieder Formulierungen Schröders, in denen er sich zum "Zivilmacht"-Charakter Deutschlands bekennt (vgl. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des Festaktes zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2003 in Magdeburg, <http://www.bundeskanzler.de/Reden-.7715.535831/Rede-von-Bundeskanzler-Gerhard-Schroeder-anlaess...htm> [12.2.2004]). Und auf seinem Rückflug vom letzten Besuch bei Präsident Bush ließ sich Schröder dann sogar mit der Aussage zitieren, dass er das Gerede von einer "multipolaren Welt" satt habe (vgl. John Vinocur, U.S.-German reasons to reconcile, in: International Herald Tribune, 1. März 2004, S. 1-4, hier S. 4). Dass diese Sprunghaftigkeit und Willkür der Berechenbarkeit deutscher Außenpolitik zuträglich ist, wird niemand behaupten können.

¹⁹ Vgl. das erste Zitat in Anm. 17.

²⁰ Vgl. Michael Hedstück/Gunther Hellmann, "Wir machen einen deutschen Weg". Irak-Abenteuer, das transatlantische Verhältnis und die Risiken der Methode Schröder für die deutsche Außenpolitik, in: Bernd Kubbig et al. (Hrsg.), Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt am Main/New York: Campus 2003, S. 224-234 (in einer ausführlicheren Fassung auch verfügbar unter <http://www.uni-frankfurt.de/fb3/hellmann/mat/irak.pdf>).

²¹ Für Realisten wie Waltz und Mearsheimer ist das entscheidende Kennzeichen einer Großmacht, dass sie *in der Lage und willens* ist, mit anderen Großmächten *militärisch* zu wetteifern. Dies erklärt auch ihre frühe Erwartung, dass es keinen Grund gäbe, warum die Deutschen und die Japaner letztlich nicht auch Nuklearwaffen besitzen wollten (vgl. John J. Mearsheimer, Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War, in: International Security, Vol. 15, No. 1 (Summer 1990), S. 5; Kenneth N. Waltz, The Emerging Structure of International Politics, in: International Security, Vol. 18, No. 2 (Fall 1993), S. 66). Diese Reduzierung des Großmachtbegriffs auf militärische Konkurrenz greift meines Erachtens allerdings zu kurz – und die deutsche Rolle im Irak-Krieg 2003 ist das beste Beispiel dafür, dass auch Staaten, die lediglich über ein *beträchtliches politisches Gewicht* verfügen, im *machtpolitischen* Konzert der Großmächte unter den Bedingungen der gegenwärtigen Weltpolitik erfolgreich mitspielen können. So wie die Begriffe "Großmacht" und "Machtpolitik" hier verwendet werden, besteht das entscheidende Kennzeichen von (Groß-) Machtpolitik darin, ob ein Staat *in der Lage und willens* ist, seine Ziele unabhängig von institutionellen Zwängen *notfalls auch alleine bzw. gar gegen den Willen anderer Großmächte durchzusetzen* (vgl. hierzu Gunther Hellmann, Der sicherheitspolitische Status Deutschlands nach der Vereinigung: Mehr Macht, weniger Einbindung?, in: ders. (Hrsg.), Alliierte Präsenz und deutsche Einheit. Die politischen Folgen militärischer Macht, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1993, S. 437-463, hier S. 440-442). Mindestens drei Gründe sprechen heute dafür, dass deutsche Regierungen in der Tat (gleichsam "strukturell") verführt sein könnten, den Versuchungen moderner Machtpolitik nachzugeben: (a) die historisch einzigartige Sicherheit, die

das vereinte Deutschland jenseits der terroristischen Bedrohung heute genießt, (b) die ökonomisch zunehmend prekäre Lage, die Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten immer mehr ins Hintertreffen geraten lässt; (c) die sich in der deutschen Öffentlichkeit ausbreitenden (und insbesondere durch den Bundeskanzler selbst genährten) Ambitionen, deutschen Forderungen in Aushandlungsprozessen mit anderen Staaten mehr "Respekt" zu verschaffen; vgl. hierzu auch Gunther Hellmann, Von Gipfelstürmern und Gratwanderern, wie Anm. 9, S. 34-36.

²² Vgl. Gunther Hellmann, Der sicherheitspolitische Status Deutschlands nach der Vereinigung: Mehr Macht, weniger Einbindung?, wie Anm. 21, S. 444-462.

²³ Vgl. ders., Jenseits von "Normalisierung" und "Militarisierung": Zur Standortdebatte über die neue deutsche Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B1-2 (3. Januar 1997), S. 24-33.

²⁴ Eine frühe Charakterisierung der "Bonner" Außenpolitik als "anormal" lieferte Egon Bahr nach dem Regierungswechsel 1998 in: ders., Die "Normalisierung" der deutschen Außenpolitik, wie Anm. 10.

²⁵ Die Ablehnung von "Leisetreteri" und das Ansinnen, dass andere Staaten Deutschland mehr "Respekt" zollen müssten, sind gängige Topoi in den Reden des Bundeskanzlers; vgl. Interview mit dem SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzler Gerhard Schröder in der ARD-Sendung "Bericht aus Berlin" vom 9. August 2002, <http://www.bundeskanzler.de/Interviews-.7716.428321/Interview-mit-Bundeskanzler-Schroeder-im-ARD-Ber...htm> [18.12.2002]; Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder im "Tagesspiegel" vom 15. August 2002, <http://www.bundeskanzler.de/Interviews-.7716.429631/Interview-mit-Bundeskanzler-Schroeder-im-Tagessp...htm> [12.1.10024]; Erklärung der Bundesregierung. Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999, abgegeben von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 10.12.1998, in: Bulletin, Nr. 80 (14.12.1998), S. 967.

²⁶ Vgl. Gunther Hellmann/Sebastian Enskat, Umfragedaten zu deutscher Außenpolitik und Deutschlands Rolle in der Welt seit 1990. Eine Dokumentation, http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/APUZ_2004_Umfragen.pdf.

²⁷ Vgl. zur ursprünglichen Definition und Typenbildung vor allem Hanns W. Maull, Germany and Japan: The New Civilian Powers, in: Foreign Affairs, 69. Jg., Nr. 5 (Winter 1990/91), S. 91-106, dort zu den Definitionsmerkmalen vor allem S. 92 f. und S. 102 f., sowie ders., Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: Europa Archiv, 47. Jg., Folge 10 (25. Mai 1992), S. 269-278, zu den Definitionsmerkmalen hier S. 271 und 273; zu nachfolgenden Ergänzungen bzw. Korrekturen vgl. ferner ders., Zivilmacht Bundesrepublik? Das neue Deutschland in der internationalen Politik. Ein Gespräch mit Hanns W. Maull, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 38. Jg., Nr. 8 (August 1993), S. 934-948; ders./Sebastian Harnisch, "Introduction" und "Conclusion": 'Learned its lesson well?' Germany as a Civilian Power ten years after unification", beides in: dies. (Eds.), Germany as a Civilian Power? The foreign policy of the Berlin Republic, Manchester: Manchester University Press 2001, S. 1-9 und 128-156; vgl. auch Hanns W. Maull, "Normalisierung" oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 11 (8. März 2004), S. 17-23, hier S. 22-23.

²⁸ Aus europäischem Blickwinkel wirkt zumeist besonders anachronistisch die "offensiv realistische" Variante von John Mearsheimer, neuerdings vor allem ders., *The Tragedy of Great Power Politics*, New York/London: Norton 2001.

²⁹ Vgl. Thomas F. Banchoff, *The German Problem Transformed. Institutions, Politics, and Foreign Policy, 1945-1995*, Ann Arbor, MI: University of Michigan Press 2000.

³⁰ Erfolgreiche Praktiken, so argumentiert ein ("liberaler") Strang im IB-Theoriediskurs, geben Staaten nicht auf. In der einschlägigen Literatur zur Geschichte der deutschen Außenpolitik gibt es keinen einzigen ernst zu nehmenden Beitrag, der die ersten 40 Jahre bundesrepublikanischer Außenpolitik nicht als "Erfolgsgeschichte" feiern würde; unter den neueren Publikationen vgl. vor allem Helga Haftendorn: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945-2000*, Stuttgart/München: Deutsche Verlagsanstalt 2001 und Christian Hacke, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Berlin: Ullstein 2003 (4. Auflage). Gerade aus einer lerntheoretischen Perspektive ist allerdings neuerdings darauf hingewiesen worden, dass Staaten erfolgreiche Praktiken (z.B. aufgrund prestigegetriebener Politik) auch wieder verlernen können und aufgrund fehlender institutioneller Evaluationsmechanismen ihrer Politik häufig zu "Dummheiten" neigen; vgl. Stephen van Evera, *Why States Believe Foolish Ideas: Non-Self-Evaluation By States And Societies*, Massachusetts Institute of Technology Political Science Department and Security Studies Program, January 10, 2002, http://web.mit.edu/polisci/research/vanevera/why_states_believe_foolish_ideas.pdf [10.2.2004].

³¹ Vgl. hierzu vor allem Peter J. Katzenstein, *United Germany in an Integrating Europe*, in: ders. (Hrsg.): *Tamed Power. Germany in Europe*, Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, S. 1-48; vgl. ferner ders., *Die Fesselung der deutschen Macht im internationalen System: der Einigungsprozess 1989-90*, in: Bernhard Blanke/Hellmut Wollmann (Hrsg.), *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel* (Leviathan, Sonderheft 12), Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 68-80.

³² Vgl. Norbert Klöten 1994: *Die Bundesrepublik als Weltwirtschaftsmacht*, in: Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hrsg.), *Grundlagen* (Deutschlands Außenpolitik 1), München: Oldenbourg, S. 63-80.

³³ Hans-Peter Schwarz, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1985 (2. Auflage).

³⁴ Vgl. Egon Bahr, *Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal*, München: Karl Blessing Verlag 2003; Gregor Schöllgen, *Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin: Propyläen 2003.

³⁵ Die Feierstimmung verteilt sich dabei in etwa gleichmäßig auf das (von der politischen Mitte aus vermessene) eher "linke" wie "rechte" Lager. Insbesondere die geradezu triumphalistische Rhetorik bei Gregor Schöllgen fällt hier auf: "Erstmals", so lobte Schöllgen Gerhard Schröder nach seinem dezidierten "Nein" zu einer deutschen Beteiligung an militärischen Maßnahmen gegen Irak, habe "ein Bundeskanzler öffentlich klar gestellt, wo die deutsche Außenpolitik gemacht wird: in Berlin" (Gregor Schöllgen, wie Anm. 34, S. 7; vgl. ähnlich ders., *Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 11 (8. März 2004), S. 9-16). Dass mit Schöllgen ein eher konservativer Historiker der rot-grünen Koalition "ein ideologisches Dach" zimmerte (so der Rezensent von Schöllgens Buch in der "Zeit", Werner A. Perger, *Endlich Großmacht*, in: *Die Zeit*, Nr. 36/2003, <http://zeus.zeit.de/text/2003/36/P->

[Sch 9allgenBiG](#) [8.9.2003]) ist nur ein weiterer Beleg dafür, wie sich die links-rechts-Koordinaten der Republik verschoben haben. Noch Anfang der 1990er Jahre geißelte Schöllgen das damals regierende außenpolitische Establishment Deutschlands wegen seiner "Angst vor der Macht" (vgl. Gregor Schöllgen, *Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik*, Berlin 1993). Mitte der 1990er Jahre wurde er dafür noch in einem polemischen Beitrag für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung von Hans-Ulrich Wehler als "neomodischer Großtöner" in den Dunstkreis der Wochenzeitung "Junge Freiheit" geschoben (vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Angst vor der Macht?: Die Machtlust der Neuen Rechten*, Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 2. Februar 1995, Bonn 1995, <http://library.fes.de/fulltext/historiker/00149toc.htm> [21.12.2003]; Wehlers Charakterisierung Schöllgens findet sich S. 3).

³⁶ Vgl. die zuerst recht anerkennenden Worte, die Hans-Peter Schwarz am Anfang für die Regierung Schröder gefunden hatte: ders., *Die Zentralmacht Europas auf Kontinuitätskurs. Deutschland stabilisiert den Kontinent*, in: *Internationale Politik*, 54. Jg., Nr. 11 (November 1999), S. 1-10; zu seinen früheren Ausführungen über "verantwortliche Machtpolitik" vgl. ders., *Die gezähmten Deutschen*, wie Anm. 33, S. 172; zu deutlich kritischeren Einschätzungen der Außenpolitik der Regierung Schröder in der Gegenwart vgl. ders., *Die deutsche Außenpolitik nach dem Irakkrieg*, in: *Politische Studien*, 55. Jg., Heft 393 (Januar/Februar 2004), S. 78-91.

³⁷ Unter den aktuellen deutschen Buchpublikationen stechen insbesondere die folgenden heraus: Michael Staack, *Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System*, Paderborn: Schönigh 2000; Helga Haftendorn: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*, wie Anm. 30; Volker Rittberger (Ed.): *German foreign policy since unification. Theories and case studies*, Manchester/New York: Manchester University Press 2001; Sebastian Harnisch/Hanns W. Maull (Eds.): *Germany as a Civilian Power?*, wie Anm. 27; sowie Hanns W. Maull/Sebastian Harnisch/Constantin Grund (Hrsg.), *Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik von 1998 bis 2003*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2003. Mit Ausnahme des letzten Sammelbandes dominieren in allen anderen Bänden die Kontinuitätsbeschreibungen. Allerdings dürften alle diese Bände bereits im Zeitraum zwischen 1999 und Anfang 2001 in Manuskriptform fertig gestellt worden sein. Inhaltliche Kontroversen zur Frage von Kontinuität und Diskontinuität deutscher Außenpolitik wurden jedoch bereits im Herbst 2000 auf dem DVPW-Kongress in Halle ausgetragen; vgl. hierzu die folgenden Beiträge zum "Panel: Zehn Jahre neue deutsche Außenpolitik: Eine Bilanz": Volker Rittberger/Wolfgang Wagner, *German Foreign Policy Since Unification - Theories Meet Reality*, <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/conferences/rittberger.pdf> (dieser Beitrag ist weitgehend identisch mit dem Schlusskapitel des von Volker Rittberger herausgegebenen Sammelbandes, s.o.); Sebastian Harnisch, *Deutsche Außenpolitik nach der Wende: Zivilmacht am Ende?*, <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/conferences/harnisch.pdf>; sowie Gunther Hellmann, *Rekonstruktion der 'Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen'*, wie Anm. 8; vgl. auch meine kritische Diskussion der Projekte aus Tübingen und Trier in: Gunther Hellmann, *Sag beim Abschied leise servus*, wie Anm. 8, sowie seinerseits kritisch hierzu Volker Rittberger, *Selbstentfesselung in kleinen Schritten? Deutschlands Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 44. Jg., Heft 1 (März 2003), S. 10-18.

³⁸ Vgl. Gunther Hellmann, *Sag beim Abschied leise servus*, wie Anm. 8, S. 498-500.

³⁹ Vgl. hierzu insbesondere die seit Mitte letzten Jahres beobachtbare Diskussion unter dem Stichwort einer "Krise" deutscher Außenpolitik, vgl. Anm. 9; vgl. ferner die neuere Einschätzung von Hanns W. Maull, dass sich die deutsche Außenpolitik "in den letzten Monaten deutlich verändert" habe. (ders., "Normalisierung" oder Auszehrung, wie Anm. 27, S. 17).

⁴⁰ Zur Erörterung des hier zugrunde gelegten pragmatistischen Zugriffs vgl. Gunther Hellmann, Creative Intelligence. Pragmatism as a Theory of Thought and Action. Paper prepared for presentation at the "Millennium" Special Issue Conference on "Pragmatism in International Relations Theory", London, 12 October 2002, verfügbar unter http://www.uni-frankfurt.de/fb3/hellmann/mat/millennium_www.pdf.

⁴¹ Zur prekären personellen Konstellation an der Spitze deutscher Außenpolitik zwischen dem "Koch" Gerhard Schröder und dem "Kellner" Joschka Fischer vgl. Gunther Hellmann, Agenda 2020, wie Anm. 8, S. 49; zu den Rückkoppelungsprozessen zwischen politischen Entscheidungsträgern auf der einen Seite und "Öffentlichkeit" auf der anderen vgl. die unter Anm. 26 genannte Dokumentation von Meinungsumfragen zur deutschen Außenpolitik; unter einschlägigen Diskursanalysen zur neueren deutschen Außenpolitik vgl. ferner neben Rainer Baumann, The Transformation of German Multilateralism, wie Anm. 16; Stefanie Bock, Neuer Wein in alten Schläuchen: Eine Untersuchung zum Bedeutungswandel von Schlüsselbegriffen im außenpolitischen Diskurs Deutschlands (Diplomarbeit, eingereicht am FB Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, November 2002, verfügbar unter http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/bock_diplomarbeit.pdf).

⁴² Vgl. neben Gunther Hellmann, Agenda 2020, und ders., Von Gipfelstürmern und Gratwanderern, beides wie Anm. 8, auch ders., Der "deutsche Weg". Eine außenpolitische Gratwanderung, in: Internationale Politik 9/2002, S. 1-8; zur schrumpfenden Ressourcenbasis vgl. ferner die von Frank Sauer zusammengestellten Daten zu den Ausgaben des Bundes für die Außenpolitik Deutschlands im Zeitraum 1981-2001, verfügbar unter http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/IP_09_2003_Daten_www.pdf; zur Unterscheidung zwischen nach innen und nach außen gerichteten "Ressourcenmobilisierungsstrategien" vgl. Michael Mastanduno/David A. Lake/G. John Ikenberry, Towards a Realist Theory of State Action, in: International Studies Quarterly, Vol. 33, No. 4 (December 1989), S. 457-474. Mastanduno, Lake und Ikenberry legen in ihrer Theorie unter anderem nahe, dass Staaten mit einer "weichen" innenpolitischen Struktur (ein Konzept, das hier in etwa synonym zu dem verwandt wird, was andernorts als "schwache" Staaten bezeichnet wird), die zudem im internationalen Vergleich eher als "mächtig" (denn "schwach") gelten müssen, viel stärker auf "externe Ressourcenmobilisierung" ("external extraction") als auf interne Ressourcenmobilisierung setzen (vgl. a.a.O., S. 468). "External extraction" geht häufig, aber nicht notwendig mit Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung gegenüber anderen Staaten einher. Im deutschen Fall wäre beispielsweise die "Rückverlagerung" deutscher Ressourcen von der EU nach Deutschland, wie sie sich derzeit im Rahmen der beginnenden "Nettozahler"-Diskussion im Vorfeld der EU-Budget-Beratungen abzeichnet, eine analoge Form der "external extraction".

⁴³ Vgl. zum pragmatistischen Konzept "genuin kreativen Handelns" insbesondere Hans Joas, Die Kreativität des Handelns, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1992; zur Anwendung im Zusammenhang mit deutscher Außenpolitik vgl. Gunther Hellmann, Creative Intelligence, wie Anm. 40.

⁴⁴ Der hier zugrunde liegende pragmatistische Zugriff geht von einem "holistischen" Verständnis der Herausbildung individueller und kollektiver Überzeugungen aus, d.h. das, was Ludwig Wittgenstein "Weltbilder" nennt, ist nicht nur vergleichsweise fest gefügt, sondern auch (auf einer zeitlichen Achse) handlungsleitend im Blick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – kurz: unsere Erklärungen vergangener Ereignisse wie auch unsere Beschreibungen gegenwärtiger Trends sowie zukünftiger Entwicklungen können nicht losgelöst gesehen werden von tiefer liegenden "Weltbildern". Dies bedeutet beispielsweise, dass ein Wissenschaftler, der von den ehernen Gesetzen des "Realismus" überzeugt ist, sowohl zu machtpolitischen *Erklärungen* (im

Blick auf die Vergangenheit) wie auch zu *Prognosen* bzw. *Handlungsempfehlungen* neigen wird, die mit realistischer Analyse zumindest vereinbar sind. Dass sich in diesem Beitrag Elemente der "realistischen" wie "idealistischen" Tradition finden, ist zwar im größeren Zusammenhang des gegenwärtigen IB-Diskurses eher ungewöhnlich, nicht aber im Blick auf die Geschichte des Faches, wie beispielsweise die Arbeiten von E.H. Carr und selbst die Arbeiten von Hans Morgenthau zeigen. Beide gingen allerdings im Unterschied zu mir davon aus, dass es "eherne Gesetze" der internationalen Politik gebe. Wenn es so etwas wie ein "pragmatistisches Weltbild" gibt, dann besteht es (in starkem Kontrast zum sehr "europäischen" Realismus) in der Überzeugung, dass sich auch die internationale Politik (wie alle sozialen Prozesse) aufgrund individuellen und kollektiven menschlichen Handelns verändern lässt – und zwar durchaus in jenem grundlegenden Sinne, den etwa Kenneth Waltz mit seiner Unterscheidung zwischen dem Wandel *des* internationalen Systems im Kontrast zu einem Wandel *im* internationalen System andeutet (vgl. Waltz, *Theory of International Politics*, wie Anm. 2, S. 99-101).

⁴⁵ Zur Europäisierungsliteratur im Zusammenhang deutscher Außenpolitik vgl. u.a. Peter J. Katzenstein, *United Germany in an Integrating Europe*, wie Anm. 31; Beate Kohler-Koch, *Europäisierung: Plädoyer für eine Horizonterweiterung*, in: Michèle Knodt/Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Frankfurt/New York: Campus 2000; Thomas Risse/Daniela Engelmann/Hans-Joachim Knopf/Klaus Roscher, *To Euro or Not to Euro? The EMU and Identity Politics in the European Union*, in: *European Journal of International Relations* Vol. 5, No. 2 (1999), S. 147-187; Markus Jachtenfuchs, *Deutschland, Frankreich und die Zukunft der Europäischen Union*, in: Michael Meimeth/Joachim Schild (Hrsg.), *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven*, Opladen: Leske und Budrich 2002, S. 279-294; Joachim Schild, *Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich - politische Eliten, Parteien, Bürger*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B3-4 (2003), S. 31-39, verfügbar unter www.bpb.de/files/7YKON8.pdf [12.3.2004].

⁴⁶ Vgl. Gunther Hellmann, *Berlin - Paris - Brüssel - Straßburg: Deutsche Außenpolitik für eine gemeinsame europäische Zukunft*, in: Hans Arnold/Raimund Krämer (Hrsg.): *Sicherheit für das größere Europa. Politische Optionen im globalen Spannungsfeld ("EINE Welt"-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Band 14)*, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger 2002, S. 311-331; vgl. ferner die beiden Fallstudien von Monika Bösche und Wolfgang Wagner zur deutschen EU-Politik in den Politikfeldern Flüchtlingspolitik/Asyl bzw. Sicherheit/Verteidigung in: Gunther Hellmann (Hrsg.), *De-Europeanization by Default. Germany's EU-Policy in Defence and Asylum* (in Vorbereitung).

⁴⁷ Die Verwendung des Wissens-Begriffs ist an dieser Stelle natürlich besonders prekär, denn im Gegensatz zu anderen Feldern der IB – etwa der Forschung zu einer Theorie des "Demokratischen Friedens" – wird im Feld der Außenpolitikanalyse selten reklamiert, dass wir über *gesichertes Wissen* verfügen (wobei der Zusatz "gesichert" in diesem Zusammenhang schon deshalb notwendig ist, um dem Wissensbegriff das erforderliche Gewicht – etwa gegenüber bloßem "Meinen" – zu verleihen). Im Hinblick auf die deutsche Außenpolitik erscheint es besonders schwierig, mit dem Wissensbegriff zu operieren, denn seit der Vereinigung findet sich Deutschland in der Tat in vielerlei Hinsicht in einer Lage, die es nicht einfach macht, starke (Wissens-) Behauptungen aufzustellen. Zu dieser neuen Lage zählt erstens, dass sich Deutschland natürlich in mancherlei Hinsicht in eine Lage *zurückversetzt* sieht, die Vergleiche mit Phasen *vor* der Gründung der Bundesrepublik nahe legen (der nicht ganz unzutreffende Begriff der "Zentralmacht" von Hans-Peter Schwarz erinnert an solche früheren Phasen deutscher Politik in Europa). Andererseits ist allerdings genauso unübersehbar, dass das heutige (EU-) Europa einen völlig anderen Rahmen deutscher Politik bildet als dies früher der Fall war. Hinzu kommen die hohe Verflechtung in einer globalisierten Welt, die neue terroristische Bedrohung und die

NATO-Mitgliedschaft Deutschlands – Faktoren also, die es in ihrer Zusammenschau höchst schwierig erscheinen lassen, starke Geltungsansprüche zu stellen. Ich würde allerdings behaupten, dass es einige Dimensionen deutscher Außenpolitik gibt, bei denen es sich schon alleine deshalb lohnen könnte, solche Geltungsansprüche zu erheben, um (endlich) eine eingehendere wissenschaftliche Beschäftigung zu provozieren. Zu diesen zählt insbesondere die Behauptung, dass klassische Mechanismen zwischenstaatlicher Macht- und Gegenmachtbildung auch in der heutigen EU noch Wirkungsmacht entfalten, d.h. dass klassische machtpolitische Verhaltensmuster auch unter den Bedingungen eines Regierens im europäischen Mehrebenensystem bedeutsam bleiben. Wie genau hier entsprechende Mechanismen funktionieren, ist nach meiner Kenntnis bislang kaum Gegenstand der Forschung gewesen. Der Verdacht, dass diese Mechanismen nicht nur weiterhin wirkungsmächtig sind, sondern gerade durch die machtpolitische Resozialisierung Deutschlands an Bedeutung gewinnen könnten, bildet allerdings einen wesentlichen Antrieb der hier vorgelegten "düsteren Vision".

⁴⁸ Vgl. hierzu die aus einem "alt-europäischen" Blickwinkel sehr schwer nachvollziehbaren Einschätzungen im Schlusskapitel von John Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, wie Anm. 28.

⁴⁹ Vgl. hierzu jüngst die Debatte um die Zukunft der transatlantischen Beziehungen in der Zeitschrift "WeltTrends" (Hefte 39-41), die durch einen Beitrag von Thomas Risse ausgelöst wurde.

⁵⁰ Vgl. u.a. Arnulf Baring, *Deutsche Interessen – Unkorrekt?*, in: *Die Welt*, 2. Februar 2002, http://www.welt.de/daten/2002/02/02/0202au311625.htm?print_1 [2.4.2003]; hier argumentiert Baring, dass "spätestens" mit dem EU-Gipfel in Nizza "der europäische Schleier" zerrissen sei und dahinter sichtbar wurde, "was wir seit langem hätten erkennen können: Es gibt einen robusten Wettkampf der Europäer untereinander um die besten Plätze". In einer neueren Publikation meint Baring zudem, dass auch das vereinigte Deutschland "ohne eine Anlehnung an eine Großmacht auf Dauer nicht bestehen" könne, diese Großmacht aber nicht Frankreich sondern nur die USA sein könne, u.a. weil die Franzosen "uns immer wieder auszunutzen versuchen" (vgl. ders., *Einsame Mittelmacht. Ohne die USA gibt es keine Zukunft für Deutschland*, in: *Internationale Politik*, 58. Jg., Heft 12 (Dezember 2003), S. 51-56, hier S. 54). Auch Hans-Peter Schwarz sieht das Projekt der europäischen Integration seit langem sehr kritisch; vgl. u.a. seine jüngere Aussage, dass er es begrüßen würde, wenn sich die EU zu einem "britischen Europa" entwickeln würde (Bericht zum Round-Table Workshop "Deutsche Außenpolitik im Spannungsfeld von nationalen Interessen, moralischen Ansprüchen und neuer amerikanischer Dominanz", BMW Stiftung Herbert Quandt, 15. Oktober 2003, hier S. 21, verfügbar unter http://www.politik.uni-bonn.de/main/dokus/quandt_rtw2.pdf [12.3.2004]); vgl. ferner seine Handlungsempfehlung sich aus der "Nibelungentreue" gegenüber Paris zu lösen ("demonstrativ drei Schritte zurückzutreten"), mit der "Außenpolitik eines großen Landes" die "Traumwelten" europäischer Föderalisten zu meiden und "im Verein mit gleich gesinnten EU-Ländern den atlantischen Weg [...] wieder zu suchen" (ders., *Die deutsche Außenpolitik nach dem Irakkrieg*, wie Anm. 38, S. 90).

⁵¹ Vgl. die bereits zuvor genannten, "realistisch" inspirierten, allerdings hinsichtlich ihrer *konkreten Handlungsempfehlungen* nicht immer in dieselbe Richtung weisenden Beiträge von Arnulf Baring, Egon Bahr, Werner Link, Gregor Schöllgen und Hans-Peter Schwarz.

⁵² Der Wunsch bzw. die Aufforderung, "nach vorne" zu blicken, ist eine weitere gängige Redewendung im außenpolitischen (aber auch im geschichtspolitischen) Wortschatz Gerhard Schröders; vgl. hierzu u.a. das Zitat aus seiner ersten Regierungserklärung, Anm. 12. Was der Bundeskanzler sieht, wenn er "nach vorne" blickt, ist allem Anschein nach (wie Egon Bahr dies

bereits 1998 nach dem Regierungswechsel ausdrückte) die "zeitlich unbegrenzte deutsche Normalität" (Egon Bahr, Die "Normalisierung" der deutschen Außenpolitik, wie Anm. 10, S. 43). Zu dieser Normalität gehört für ihre Anhänger insbesondere (wie etwa Gerhard Schröder dies am Anfang seiner Kanzlerschaft freimütig formulierte), dass sie "unbefangener und im guten Sinne deutscher" auftreten können (zitiert nach Patrick Bahners, Total Normal. Vorsicht Falle: Die unbefangene Nation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. November 1998, S. 43; vgl. ferner Werner A. Perger, Wir Unbefangenen, in: Die Zeit, Nr. 47 (12. November 1998), S. 7; Total normal? in: Der Spiegel, Nr. 49 (30. November 1998), S. 40-48 sowie die Beobachtungen Bernard-Henri Lévy, der in einer persönlichen Begegnung mit Gerhard Schröder "eine unerwartete Heftigkeit" registrierte, als er Schröder auf die Wehrmachtsausstellung und Daniel Goldhagens Buch ansprach; vgl. Bernard-Henri Lévy, Ein paar Versuche, in Deutschland spazieren zu gehen (Teil I), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Februar 1999, S. 50).

⁵³ Zu den Kernpunkten dieser Bonner Traditionslinie gehören insbesondere die folgenden drei ("anormalen"?) Charakteristika: (1) eine "*Kultur der Zurückhaltung*", d.h. ein Stil internationalen Auftretens, der sich durch zurückhaltende und vorsichtige Diplomatie im Hintergrund auszeichnet – also: all das, was Bundeskanzler Gerhard Schröder des öfteren abfällig "Leisetreterei" nennt und was er durch "selbstbewussteres" und "unbefangeneres" Auftreten sowie durch das Einfordern von mehr "Respekt" für Deutschland ersetzt sehen will. Zu dieser "Kultur der Zurückhaltung" wurde früher auch die "militärische" Zurückhaltung (d.h. der Verzicht auf einen Einsatz der Bundeswehr jenseits der Landesverteidigung) gerechnet. Das eine ist allerdings mit dem anderen nicht symbiotisch verbunden. So kann (und sollte) Deutschland sich durchaus auch weiterhin an militärischen Interventionen beteiligen, wenn diese moralisch geboten erscheinen und völkerrechtlich abgesichert sind. Dies sollte allerdings nicht dazu führen, dass einer der Zentralbegriffe früherer Bonner Außenpolitik, der Begriff der "Verantwortung", nun nur noch in Verbindung mit dem Einsatz der Bundeswehr verwendet (und damit in das *Gegenteil* seiner früheren Bedeutung verkehrt) wird. (2) Eine *genuine* (d.h. nicht-instrumentelle) *Ausrichtung an multilateralem Handeln* in staatenübergreifenden und nationalstaatliches Handeln durch Normsetzung einschränkenden internationalen Institutionen (zu den bedenklichen Veränderungen in der Interpretation "multilateralen" Handelns in der neueren deutschen Außenpolitik vgl. insbesondere die Arbeiten von Rainer Baumann (u.a. Anm. 41); vgl. ferner – auch im Blick auf die subtilen Veränderungen im außenpolitischen Verständnis des "Verantwortungs"-Begriffs - die genannte Diplomarbeit von Stefanie Bock, Anm. 41). (3) Die *Betonung "gemeinsamer" statt "nationaler" Interessen* wie sie beispielsweise sehr prominent im Konzept "gemeinsamer Sicherheit" zum Ausdruck kam, das die SPD in den 1980er Jahren entwickelte. Diese rhetorische Praxis war (und ist) vor allem deshalb bedeutsam, weil sie zu meiden trachtet, die *Differenz* zwischen Staaten in den Vordergrund zu rücken, die mit der Rede von den "nationalen Interessen" notgedrungen einhergehen muss. Dass "Deutschland" eigene "Interessen" hat, versteht sich von selbst, ja es ist geradezu tautologisch, denn jede Rede von einem *Akteur* muss notgedrungen unterstellen, dass er *Ziele* verfolgt (und "Ziele" sind nichts anderes als "Interessen"). Es macht allerdings einen bedeutsamen Unterschied, ob man es für angebracht hält, die *Differenz* oder die *Gemeinsamkeit* zwischen "eigenen" Zielen und den Zielen anderer zu akzentuieren. Die Rhetorik der "nationalen Interessen" will ersteres, die darauf weitgehend (aber keinesfalls gänzlich) verzichtende Praxis der Bonner Republik wollte nicht zuletzt deshalb letzteres, weil dies "im deutschen Interesse" zu liegen schien. Daran hat sich überhaupt nichts geändert. Im Gegenteil, wer die "Interessenlage" der verschiedenen europäischen und internationalen Akteure genauer in Augenschein nimmt, wird sehr schnell sehen, dass es für Deutschland heute eher noch stärker als früher darauf ankommt, die *konkurrierenden "nationalen Interessen"* seiner Partner *auszugleichen und zu versöhnen*. Wenn es ein "nationales Interesse" Deutschlands gibt, dann liegt es hier!

⁵⁴ Diese Deutung der Bedeutung von "Nationalstolz" orientiert sich an folgendem Gedanken Richard Rorty's: "National pride is to countries what self-respect is to individuals: a necessary condition for self-improvement. Too much national pride can produce bellicosity and imperialism, just as excessive self-respect can produce arrogance. But just as too little self-respect makes it difficult for a person to display moral courage, so insufficient national pride makes energetic and effective debate about national policy unlikely. Emotional involvement with one's country – feelings of intense shame or of glowing pride aroused by various parts of its history, and by various present-day national policies – is necessary if political deliberation is to be imaginative and productive. Such deliberation will probably not occur unless pride outweighs shame" (Richard Rorty, *American National Pride: Whitman and Dewey*, in: ders., *Achieving Our Country. Leftist Thought in Twentieth-Century America*, Cambridge, MA: Harvard University Press 1998, S.3).

⁵⁵ Vgl. hierzu die folgende Aussage von Helmut Kohl: "Adenauer sagte in den fünfziger Jahren im kleinen Kreis einmal: 'Wir, die Deutschen, waren 50 Jahre die Hochstapler in Europa, jetzt müssen wir 50 Jahre die Tiefstapler sein.' Die 50 Jahre sind jetzt herum, und leider scheinen dies manche auszunutzen." ("Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten wäre schädlich". Ein Gespräch mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl über die Europäische Union und ihre Ziele, über die Türkei und weitere Anwärter, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Januar 2004, S. 5).

⁵⁶ Vgl. Hans Jonas, *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für das technologische Zivilisation*, Frankfurt: Insel Verlag 1979. Auch wenn Jonas sich vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den 1960er und 1970er Jahren in erster Linie an den Implikationen der moderner Technik orientiert, sind seine Handlungsmaxime auch für unseren Gegenstandsbereich relevant; vgl. insbesondere seine Ausführungen zu einer "Theorie der Verantwortung", die "Eltern und Staatsmann" als "eminente Paradigmen" der Verantwortung kennzeichnen (a.a.O., S. 184-198).

⁵⁷ Der "Idealismus" hat im Allgemeinen keinen guten Ruf in der Disziplin. Das liegt zu einem geringeren Teil wohl an den Realisten, die die "Wunschträumerei" in der sogenannten "Ersten Großen Debatte" aufs Korn nahmen und bei den so gebrandmarkten "Idealisten" doch beträchtliche Wirkungen hinterlassen haben. Es liegt zu einem größeren Teil aber an ihren sich nunmehr selbst "Liberalisten" nennenden Nachfolgern, die eigentlich als legitime Nachkommen der Idealisten gelten müssen, die das/die "Ideale" aber immer allzu gerne in einem derzeit recht populären "Rationalismus" begraben. Einen guten Überblick über neuere Trends dieser Forschung liefern James Fearon/Alexander Wendt, *Rationalism v. Constructivism: A Skeptical View*, in: Walter Carlsnaes/Thomas Risse/Beth A. Simmons (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London: Sage 2002, S. 52-72; Thomas Risse, *Constructivism and International Institutions: Toward Conversations across Paradigms*, in: Ira Katznelson/Helen V. Milner (Hrsg.): *Political Science: The State of the Discipline*, Washington, D.C. 2002, S. 597-623; John Gerard Ruggie, *What Makes the World Hang Together? Neo-Utilitarianism and the Social Constructivist Challenge*, in: Peter J. Katzenstein/Robert O. Keohane/Stephen D. Krasner, (Hrsg.): *"International Organization" at Fifty: Exploration and Contestation in the Study of World Politics*, *International Organization (Sonderheft) Vol. 52, No. 4* (1998), S. 855-885; sowie die beiden Beiträge von Thomas Risse, *Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde*, in: Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hrsg.), *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Bd. 10)*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2003, S. 99-132 und Antje Wiener, *Die Wende zum Dialog: Konstruktivistische Brückenstationen und ihre Zukunft*, a.a.O., S. 133-159.

⁵⁸ Vgl. Alexander Wendt, Why a World State is Inevitable, in: European Journal of International Relations, Vol. 9, No. 4 (December 2003), S. 491-542.

⁵⁹ Vgl. Michael Zürn, Regieren jenseits des Nationalstaates. Denationalisierung und Globalisierung als Chance, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998.

⁶⁰ Russland als Europäische Macht. Vortrag von Wolfgang Ischinger in der Evangelischen Akademie Tutzing am 2.7.2000, http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/2/r/r000702a.htm [3.8.2000]. Vgl. hierzu ausführlicher Gunther Hellmann, Einbindungspolitik: Die Strategie für eine deutsche Großmacht in der Bewährung, wie Anm. 8, S. 254-257.